

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Zerstrittene Sieger

Die Wahlsieger bei den ersten demokratischen Wahlen in der süd-jugoslawischen Republik Mazedonien, die mazedonisch-nationalistische Partei VMRO, hat sich gespalten. Das berichteten die Zeitungen am Freitag. Die Partei, die 38 von 120 Parlamentssitzen erobert hat, hat laut den Berichten nun zwei Parteiführungen. Grund für die Spaltung seien persönliche Feindschaften.

Nicht EG-konform

Die von der Regierung in Bonn erwogene Autobahngebühr für Deutschland kann in der vorgesehenen Form nicht eingeführt werden. Erkundungen in Brüssel hätten ergeben, dass die Gebühr nicht EG-konform sei, hiess es am Freitag aus Kreisen der Regierungspartei CDU. Vorgesehen war die Erhebung einer Jahrespauschale für alle Benutzer deutscher Autobahnen.

Ungarn will DDR-Waffen

Ungarn will von Deutschland ausgemusterte Waffen der ehemaligen DDR-Streitkräfte kaufen. Wie der ungarische Verteidigungsminister Lajos Für gegenüber der Tageszeitung «Magyar Hirlap» erklärte, sind Verhandlungen im Gange. Durch die Umstellung des sowjetischen Aussenhandels auf Dollar haben sich die Preise von Rüstungsgütern aus der UdSSR nach Darstellung des Ministers verdreifacht.

Tyminski wieder in Polen

Der gescheiterte polnische Präsidentschaftskandidat Stanislaw Tyminski ist am Freitag nach Polen zurückgekehrt. Tyminski, der Polen nur gegen eine Kautions von 100 000 Dollar hatte verlassen dürfen, muss sich am Samstag einem Verhör stellen. Weil er den ehemaligen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki als «Volksverräter» bezeichnet hatte, sieht er sich einem Strafverfahren wegen Beleidigung gegenüber.

Flucht aus Somalia

Familienangehörige der somalischen Führung sind am späten Donnerstagabend per Flugzeug aus der umkämpften Hauptstadt Somalias in Rom eingetroffen. Unter ihnen befand sich die Frau des Vizepremiere und Finanzministers, Abdurahman Jama Barre, mit ihren sieben Kindern. Insgesamt brachte die Maschine der Somali Airlines 60 Passagiere, die von chaotischen Zuständen in Mogadiscio berichteten.

Unterzeichnung des EMRK-Protokolls Nr. 9

(pafl) - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 2. Januar 1991 die Unterzeichnung des Protokolls Nr. 9 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beschlossen. Im Protokoll Nr. 9 geht es im wesentlichen darum, dass eine Einzelperson aus einem Vertragsstaat selbst an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gelangen kann, eine Möglichkeit, die bisher aufgrund der in der EMRK enthaltenen Bestimmungen nicht gegeben war.

Gemäss Artikel 25 der EMRK konnte bisher eine Einzelperson an die Kommission der EMRK gelangen - unter der Voraussetzung, dass der betroffene Staat das Recht auf Individualbeschwerde anerkennt; das Recht, ein Verfahren beim Gerichtshof der EMRK anzustrengen, stand einer Einzelperson jedoch nicht zu (Artikel 48 EMRK).

Das Protokoll Nr. 9 wurde anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der EMRK am 5. November 1990 in Rom unterzeichnet. Inzwischen haben 15 Vertragsstaaten der EMRK das Protokoll unterzeichnet.

In Zukunft vermehrt finanzpolitische Prioritäten setzen

Der Trend zur Verschlechterung des staatlichen Haushalts hält an - Die Öffnung der Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben unverkennbar

(G.M.) - Das Wort von der «angespannten Finanzlage», vor dessen Eintreffen die Fraktion der FBP im Landtag während Jahren vergeblich warnte, macht derzeit nicht nur in Oppositionskreisen die Runde, sondern ist auch Gesprächsstoff bei besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die täglich mit Meldungen über Unsicherheiten bezüglich der Wirtschaftsentwicklung konfrontiert werden. Der vorgesehene Abbau von staatlichen Finanzreserven steht auch in Kontrast zur bisher ausgezeichneten Wirtschaftslage in unserem Land mit Vollbeschäftigung, Auftrags- und Umsatzsteigerungen. Sollte es nicht möglich sein, in diesen wirtschaftlich guten Zeiten die Finanzreserven des Staates für schlechtere Zeiten weiter aufzustocken statt abzubauen?

Seit Beginn der achtziger Jahre sind die Einnahmen des Staates stark angewachsen, wobei unter dem Einfluss des wirtschaftlichen Aufschwungs dem Staat regelmässig ausserordentliche Einnahmen zufließen, welche die Schätzungen des Landesvoranschlags deutlich übertrafen.

Obwohl auch die Ausgaben eine starke Steigerung aufwiesen, konnten dank dieser Entwicklung die Ausgaben nicht nur vollständig durch die zufließenden Einnahmen gedeckt, sondern auch eine Erhöhung der Reservefonds vorgenommen werden. Allerdings ist das heute vorliegende Reservekapital für einen Kleinstaat, der einen hohen Anteil seiner Einnahmen aus längerfristig nicht unbedingt

gesicherten Quellen aus dem Ausland erhält, keineswegs als übersetzt zu qualifizieren. Mehr als ein Viertel eines Jahresbudgets kann wohl kaum aus den Reserven bestritten werden.

Einsatz von Reserven

Die Ausgabensteigerung blieb in den letzten Jahren regelmässig höher als die Einnahmementwicklung, so dass sich die berühmte Scherenbewegung zwischen Ausgaben- und Einnahmewachstum zunehmend weiter öffnete. Um das Budget einigermaßen ausgeglichen zu halten, musste der Finanzminister auf den Einsatz von Reservemitteln zurückgreifen.

Für das Budget 1990 sah der Voranschlag der Regierung Fondseinlagen in Höhe von 38,1 Mio. Fr. und Fondsentnahmen von 62,7 Mio. Fr. vor, womit Mehrentnahmen von 24,6 Mio. Fr. resultierten. Wie aus Zwischenberichten der Regierung hervorgeht, dürfte diese Einschätzung ungefähr den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen, wodurch im Gegensatz zu früheren Jahren keine wesentlichen Mehrentnahmen zu erwarten sind werden. Angesichts der wirtschaftlichen Abschwächung, die für das Jahr 1991 in Wirtschaftskreisen prognostiziert wird, könnte damit auch die Budgetierung der Regierung für das laufende Jahr in etwa eintreffen: Den Fondseinlagen im Ausmass von 40,4 Mio. Fr. stehen Fondsentnahmen von 75,5 Mio. Fr. gegenüber, so dass Mehrentnahmen von 35,1 Mio. Fr. vorgenommen werden müssen. Im Ver-

gleich zum Budget des letzten Jahres immerhin eine Steigerung um 10,4 Mio. Fr.

Geringer finanzpolitischer Spielraum

Was diese Zahlenbeispiele bereits mit aller Deutlichkeit zeigen, wird durch die Struktur der staatlichen Finanzen noch verstärkt. Ohne erhebliche Sparanstrengungen oder der Erhöhung der Steuern bleibt der finanzpolitische Spielraum für allfällige Umgestaltungen sehr gering. In einem Bericht aufgrund einer FBP-Interpellation legte die Regierung 1989 dar, dass über vier Fünftel des Ausgabenplans ohne Änderung der Rechtsbasis nicht oder nur bedingt beeinflussbar seien, da entweder eine Verpflichtung durch Gesetze, Finanzbeschlüsse, Vereinbarungen oder Verträge für diese Ausgaben bestehe. Aber auch die restlichen 20 Prozent des Ausgabenrahmens gehören nicht ganz in den Bereich einer frei verfügbaren Manövriermasse, weil teilweise Verpflichtungskredite gesprochen wurden oder Ausgaben auf frühere Ausgabenbeschlüsse zurückgehen. Der schmale Spielraum, den die Regierung zur Verfügung hat, kann bei entsprechender Setzung von Prioritäten zwar noch erweitert werden, doch wird damit ohne durchgreifende Änderung der Finanzpolitik kaum eine Umkehr vom bisherigen Pfad der grosszügigen Verteilung möglich. «Ein grosser Teil der durch Gesetze vorgegebenen finanziellen Leistungen ist nicht betragsmässig bzw. prozentmässig fixiert, d.h. die Regierung kann durch eine zu-

rückhaltende oder weitgehende Dotierung bzw. Unterstützung solcher Aufgaben auch den Finanzbedarf wesentlich beeinflussen», hielt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag fest. Nach dem theatralischen Auftritt der VU-Fraktion bei der Budgetdebatte und den zahlreichen (kleinen und kleintlichen) Änderungs- und Kürzungsvorschlägen dürfte die Regierung zu dem hier dargestellten Mittel greifen, um diese Vorstellungen zu erfüllen. Mit echter Finanzpolitik hat dieses Vorgehen jedoch nicht einmal am Rande zu tun.

Keine Lust zur Innovation

Obwohl die Finanzpläne der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit den Weg in eine Schuldenwirtschaft vorgezeigt haben, raffte sich die Regierung nur zu marginalen Änderungen ihrer bisherigen Haltung auf. Die zum Budget 1990 verkündeten «neuen finanzpolitischen Zielsetzungen» konnten bereits ein Jahr später nicht mehr in die Tat umgesetzt werden. Die günstigen Überschussjahre hat die Regierung nicht zu finanzpolitischer Innovation und zum vermehrten Sparen benützt, so dass erst jetzt, da sich am wirtschaftspolitischen Horizont dunkle Wolken einer Konjunkturabkühlung abzeichnen, entsprechende Überlegungen angestellt werden. Dabei besteht die Gefahr, dass sich die Lust und die Möglichkeit an einer Korrektur der bisherigen Finanzpolitik in engen Grenzen hält, je düsterer der Wirtschaftshorizont schliesslich ausfällt.

Die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen

Der Landesvoranschlag 1991 im Detail - Überblick über die laufende Rechnung

(G.M.) - Über den Staatshaushalt 1991 ist im Zusammenhang mit der Beratung im Landtag eingehend berichtet worden. Wir werden heute und in den kommenden Ausgaben auf einzelne Bereiche des Budgets eingehen, die im Detail bisher weniger zur Sprache gekommen sind. Wir vernachlässigen bei den Zahlen dabei die kleinen Korrekturen, die aufgrund der geringen Kürzungsanträge der VU-Fraktion vorgenommen wurden, sondern halten uns an den Antrag der Regierung.

Bei Erträgen von 450,3 Mio. Fr. und Aufwendungen von 360,6 Mio. Fr. weist die laufende Haushaltrechnung ein Brutto-Ergebnis aus, das mit 89,7 Mio. Fr. um rund 7,3 Mio. Fr. über dem Ertragsüberhang des Vorjahresbudgets liegt. Nach Vornahme von Abschreibungen in Höhe von 82,6 Mio. Fr. schliesst die laufende Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 7,1 Mio. Fr. ab.

Nach Darstellung der Regierung übertrafen im Mittel der Rechnungsjahre 1984 bis 1988 die Einnahmen der laufenden Haushaltrechnung die festen und grösstenteils wiederkehrenden Ausgabenverpflichtungen um rund 68,8 Mio. Fr. pro Jahr. Dank «erheblicher Sondererträge» bei den Fiskalabgaben habe sich der Einnahmenüber-

hang im Rechnungsjahr 1989 sogar auf 85 Mio. Fr. ausgeweitet. Mit der Ausscheidung der nicht wiederkehrenden Sondereinnahmen mussten die Ertragswartungen nach Angaben der Regierung für 1990 wieder nach unten korrigiert werden. Dafür, so die Regierung in ihrer Erklärung an den Landtag, «zeichnete sich für 1990 eine spürbare Erhöhung der laufenden Ausgaben ab.»

Diese Scherenbewegung blieb nicht ohne Folgen für das Ergebnis der laufenden Haushaltrechnung: Der Einnahmenüberschuss schwächte sich auf 57,8 Mio. Fr. für das laufende Jahr ab. Ausserdem sind nach Angaben der Regierung aufgrund von Zwischenergebnissen für 1990 keine ausserordent-

lichen Mehrerträge zu erwarten, die das Niveau der laufenden Gesamteinnahmen massgebend nach oben beeinflussen könnten. Besonders bei den Fiskalabgaben ist nach Angaben der Regierung «trotz Hochkonjunktur eine Stagnation im Einnahmenverlauf feststellbar», die sowohl mit strukturellen Mängeln bei einzelnen Steuer- und Abgabenarten wie auch mit den vom Landtag beschlossenen Steuerreduktionen im Zusammenhang stehen. «Nachdem die Ausgaben auch im kommenden Jahr stärker wachsen als die zufließenden Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Verkaufserlösen und Vermögenserträgen», erklärte die Regierung im Dezember, «ermässigt sich der Einnahmenüberhang auch im Budgetjahr 1991.»

976 Flüchtlinge angehalten

Chur (spk) An der grünen Grenze der Kantone Graubünden, St. Gallen und des Fürstentums Liechtensteins sind im vergangenen Jahr 976 Flüchtlinge von Beamten des Grenzwachtkorps III angehalten und der Polizei übergeben worden. 48 Ausländern wurden Schleppertätigkeiten nachgewiesen.

Wie das Kommando des Grenzwachtkorps III am Freitag in Chur mitteilte, konzentrierten sich die illegalen Grenzüberschreitungen wie bisher auf die Landesgrenze zu Vorarlberg. Nach einem relativ ruhigen ersten Halbjahr hätten die Aktivitäten im September 1990 stark zugenommen. Die Geländeüberwachungen hätten deshalb verstärkt werden müssen.

COMECON-Auflösung eingeleitet

Moskau (spk/dpa) In Moskau hat am Freitag die letzte Sitzung des Exekutivkomitees des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) vor der Auflösung begonnen. Wie die amtliche Nachrichtenagentur TASS meldete, wird der COMECON aufhören zu existieren.

An seine Stelle werde «wahrscheinlich» die Organisation für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (OIEA) treten.

EG vor schwieriger Entscheidung zur Golfkrise

Gesprächsangebot der USA erschwert Beschlussfassung - Perez de Cuellar warnt vor «Kriegspsychose»

Luxemburg/New York (AP) Die Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft sind am Freitag zu einer Sondersitzung über die gespannte Lage am Persischen Golf in Luxemburg eingetroffen. Wie kurz vor Beginn der Beratungen aus EG-Kreisen verlautete, hat das «letzte» Gesprächsangebot der USA an Irak der EG einen Beschluss über eine eigene Verhandlungsinitiative erschwert.

Ungeachtet der noch ausstehenden irakischen Antwort auf den Washingtoner Vorschlag wird US-Aussenminister James Baker nach Angaben der Schweizer Behörden am Dienstag nächster Woche nach Genf fliegen. Elf Tage vor Ablauf des Ultimatums für einen irakischen Abzug aus Kuwait warnte UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar vor einer «Kriegspsychose».

Das Treffen der EG-Minister war ursprünglich angesetzt worden, um eine politische Initiative der EG für den Fall zu ermöglichen, dass es nicht zu den ur-

sprünglich geplanten amerikanisch-irakischen Gesprächen kommt. Da Luxemburg zur Zeit den Vorsitz in der EG führt, wurde eine Reise des luxemburgischen Aussenministers Jacques Poos nach Bagdad erwogen. «Wenn Irak das Angebot der USA zurückweist, haben wir eine völlig neue Situation», sagte der belgische Aussenminister Mark Eyskens am Freitag in Luxemburg.

Eine Bagdad-Reise des EG-Unterhändlers wäre in diesem Fall «das falsche Signal», sagte der niederländische Aussenminister Hans van den Broek. Damit könnte der Eindruck entstehen, als ob es für Bagdad «einfacher wäre, mit den Europäern als mit den USA zu verhandeln».

Der Minister fügte hinzu: «Ich bin davon überzeugt, dass die einzige Chance für eine friedliche Lösung in einer gemeinsamen Haltung von EG und USA besteht.» Bush hatte seinen Vorschlag für ein Aussenministertreffen am Donnerstag,

dem von ihm gesetzten letzten Termin für eine Reise von Aussenminister James Baker nach Bagdad, unterbreitet. Wie die Genfer Kantonsregierung am Freitag mitteilte, wird Baker am Dienstagabend in Genf eintreffen und bis Mittwochabend dort bleiben. Eine Antwort aus Bagdad stehe aber noch aus.

Der spanische Aussenminister Francisco Fernandez Ordóñez schlug vor, dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein eine Garantie zu geben, dass er nach einem Rückzug aus Kuwait nicht angegriffen werde. «Die EG sollte ihren eigenen direkten Dialog mit Irak führen, ergänzend und unterstützend zur Initiative der USA», sagte Ordóñez in Luxemburg.

In den nächsten zwölf Tagen muss nach den Worten von Perez de Cuellar alles unternommen werden, damit es nicht zum Krieg kommt.

BRILLEN
AUGEN-OPTIKMARXER
Vaduz
Städtliemarkt
Tel. 28202